

Vertina Anlagestiftung

Reglement

Gültig ab 17. März 2022

Gestützt auf die Statuten der Vertina Anlagestiftung beschliesst die Anlegerversammlung das vorliegende Reglement:

Art. 1 Anlegerkreis, Anlegerstatus und Handel

¹Der Anlegerkreis beschränkt sich auf die in Art. 6 der Statuten aufgeführten Anleger.

²Die Geschäftsführung prüft, ob die Voraussetzungen zur Aufnahme in die Anlagestiftung erfüllt sind. Sie entscheidet über die Aufnahme und kann diese ohne Angabe von Gründen verweigern.

³Die Aufnahme in die Anlagestiftung erfolgt im Grundsatz mittels Aufnahmegesuch (Beitrittserklärung) und wird nach Zeichnung und Liberierung mindestens eines Anspruchs oder nach Abgabe einer verbindlichen Kapitalzusage an die Anlagestiftung rechtswirksam.

⁴Die Anleger anerkennen mit Unterzeichnung der Beitrittserklärung die Stiftungssatzungen.

⁵Der Status als Anleger fällt mit der Rücknahme aller Ansprüche sowie dem Wegfallen einer verbindlichen Kapitalzusage automatisch dahin.

⁶Falls die Voraussetzungen für das Verbleiben in der Anlagestiftung, auch infolge künftiger Gesetzesanpassungen und Änderungen der Stiftungssatzungen, nicht mehr erfüllt sind, müssen die betroffenen Anleger ihre Ansprüche zurückgeben. Die Anlagestiftung kann nötigenfalls eine Zwangsrücknahme der Ansprüche vornehmen.

⁷Der freie Handel von Ansprüchen und allfälligen Kapitalzusagen ist nicht zugelassen. In begründeten Einzelfällen ist eine Zession von Ansprüchen und/oder Kapitalzusagen unter Anlegern unter der Voraussetzung der vorgängigen Zustimmung der Geschäftsführung zulässig. Der Entscheid der Geschäftsführung ist endgültig. Der Handel von Ansprüchen hat exklusiv über die Geschäftsführung zu erfolgen, zum letzten gerechneten NAV.

⁸Die Anleger nehmen zur Kenntnis, dass die Anlagestiftung gegenüber staatlichen Behörden verpflichtet werden kann, Detailinformationen über

die Anleger bekannt zu geben. Die Anlagestiftung kommt solchen Auskunftspflichten nur auf Anfrage der Behörde nach. Die Anleger ermächtigen ihre Depotbank der Anlagestiftung insbesondere im Zusammenhang mit der Anlegerkreiskontrolle und der Anlegerversammlung über die Anzahl der im Depot liegenden Ansprüche Auskunft zu erteilen.

Art. 2 Stammvermögen

¹Das Stammvermögen dient der Anlagestiftung als Betriebskapital, zur Anlage und zur Begleichung der Liquidationskosten.

²Das Stammvermögen darf nicht zur Einräumung von branchenüblichen Sicherheiten im Zusammenhang mit Transaktionen von börsengehandelten derivativen Instrumenten verwendet werden.

³Die Verrechnung ist nur zulässig bei Forderungen innerhalb des Stammvermögens.

Art. 3 Aufteilung des Anlagevermögens

¹Das Anlagevermögen der Anlagestiftung kann in voneinander unabhängige Anlagegruppen aufgeteilt werden.

²Die einzelnen Anlagegruppen werden in Bezug auf Anlagen, Erträge, Kosten und Rechnungsablage rechnerisch selbständig geführt und verwaltet und sind wirtschaftlich voneinander unabhängig.

³Die Anlagegruppen sind in nennwertlose und nicht als Wertpapiere ausgestaltete Ansprüche der Anleger aufgeteilt (Buchforderungen).

⁴Die Ansprüche beziehen sich immer auf eine bestimmte Anlagegruppe.

Art. 4 Vermögen der Anlagegruppen

¹Die Vermögensanlage der einzelnen Anlagegruppen richtet sich nach den Anlagerichtlinien. Im Einzelfall darf mit Zustimmung des Stiftungsratspräsidenten befristet von den Anlagerichtlinien abgewichen werden, wenn das Interesse der Anleger eine Abweichung dringend erfordert.

²Der Stiftungsrat hat die Möglichkeit, für jede Anlagegruppe einen Mindestzeichnungsbetrag festzulegen.

³Sicherheiten zulasten einer Anlagegruppe dürfen nur zur Besicherung von Verbindlichkeiten derselben Anlagegruppe eingeräumt werden.

⁴Die Verrechnung ist nur zulässig bei Forderungen innerhalb der gleichen Anlagegruppe.

Art. 5 Inhalt und Bewertung eines Anspruchs

¹Bei den Ansprüchen handelt es sich um Buchforderungen (keine Wertpapiere).

²Die Anleger sind nach Massgabe ihrer Ansprüche am Vermögen und Erfolg der betreffenden Anlagegruppe beteiligt.

³Die Ansprüche dürfen mit Zustimmung der Geschäftsführung zediert werden (Art. 1 Abs. 7).

⁴Bei der Erstemission von Ansprüchen einer Anlagegruppe oder einer Klasse bestimmt die Geschäftsführung den Wert des Anspruchs. Nachher wird der Nettoinventarwert eines Anspruchs durch Teilung des am Tage der Berechnung der betreffenden Anlagegruppe vorhandenen Gesamtvermögens durch die Anzahl der bestehenden Ansprüche ermittelt. Der Stiftungsrat kann später Splits oder Zusammenlegungen der Ansprüche vornehmen.

⁵Die Anlagegruppen werden mindestens wöchentlich bzw. bei Immobilienanlagegruppen jährlich bewertet und deren NAV berechnet. Bei jeder Ausgabe und Rücknahme von Ansprüchen wird der NAV ebenfalls neu berechnet.

⁶Der Stiftungsrat kann festlegen, dass in bestimmten Anlagegruppen auch nicht ganzzahlige Ansprüche (Fraktionen) ausgegeben werden können.

⁷Das Nettoinventarvermögen einer Anlagegruppe besteht im Verkehrswert der einzelnen Aktiven, zuzüglich periodengerechter Ertragsabgrenzung (z.B. Marchzinsen) vermindert um die Verbindlichkeiten (inkl. periodengerechte Aufwandabgrenzungen). Bei Immobilien-Anlagegruppen werden die bei der Veräusserung der Grundstücke wahrscheinlich anfallenden Steuern abgezogen.

⁸Bei Immobilien-Anlagegruppen mit Direktanlagen muss die Bewertung durch Schätzungsexperten, welche ihren Sitz in der Schweiz haben und von der Anlagestiftung unabhängig sind, erfolgen. Von ausländischen Experten erstellte Gutachten zu Auslandimmobilien müssen durch einen schweizerischen Schätzungsexperten auf die korrekte Anwendung der Bewertungsgrundsätze und auf die Plausibilität des Ergebnisses hin geprüft werden.

⁹Bei Hypotheken-Anlagegruppen werden folgende Faktoren bei der Berechnung des Nettoinventarwertes berücksichtigt:

Der Nominalwert von Hypotheken mit variablem Zinssatz. Bei Hypotheken mit festem Zinssatz wird die seit Abschluss veränderte Zinssituation berücksichtigt. Hinzu kommen flüssige Mittel und weitere Aktiven sowie periodengerechte Ertragsabgrenzungen (z.B. Marchzinsen).

¹⁰Die Bewertung bei Direktanlagen in Immobilien basiert auf Verkehrswertschätzungen. Die Verkehrswertschätzung erfolgt nach der Discounted Cash Flow-Methode (DCF).

¹¹Für die Bewertung der Aktiven und Passiven ist Art. 41 Abs. 2 ASV anwendbar.

Art. 6 Kapitalzusagen

¹Bei Anlagegruppen im Bereich Immobilien, Infrastruktur und alternativer Anlagen kann die Anlagestiftung verbindliche, auf einen festen Betrag lautende Kapitalzusagen entgegennehmen.

²Rechte und Pflichten aus Kapitalzusagen sind in den Statuten und im Formular über Kapitalzusage geregelt. Für die Anlagestiftung entstehen Rechte und Pflichten erst nach Eingang des Formulars über Kapitalzusage. Die Geschäftsführung kann den Abschluss von Verträgen über Kapitalzusagen ohne Angabe von Gründen ablehnen.

³Jeder Anleger, dessen Kapitalzusage noch nicht vollständig abgerufen wurde, hat ein Recht auf Teilnahme an jedem Kapitalabruf proportional zu den insgesamt noch nicht abgerufenen

Kapitalzusagen. Jeder Anleger, dessen Kapitalzusage noch nicht vollständig abgerufen wurde, ist verpflichtet, bis maximal zur Höhe seiner Kapitalzusage, Kapitalabrufen der Anlagestiftung termingerecht nachzukommen.

⁴Das Recht der Anleger auf Teilnahme am Kapitalabruf wird ausnahmsweise eingeschränkt, wenn ein Kapitalabruf dazu führen würde, dass der Rest, der noch nicht abgerufenen Kapitalzusage unter einen bestimmten Schwellenwert fällt. Dieser Schwellenwert wird vom Stiftungsrat festgelegt und gilt für alle nach der Festlegung herausgegebenen Kapitalabrufe. Die betroffenen Kapitalzusagen bis zur Höhe des Schwellenwertes werden bei der Beteiligung an Kapitalabrufen prioritär berücksichtigt. Darüber hinaus erfolgt die Beteiligung an Kapitalabrufen proportional.

Art. 7 Ausgabe von Ansprüchen

¹Die Geschäftsführung regelt im Rahmen der Vorgaben des Stiftungsrats die Einzelheiten der Ausgabe von Ansprüchen, insbesondere die Anzahl der auszugebenden Ansprüche, die Zuteilungsmethode bei Überzeichnung, die Abgabe von Kapitalzusagen, Zeichnungstermine, Vorankündigungsfristen und den Zeichnungsschluss. Bei Anlagegruppen mit Prospektpflicht wird die Ausgabe von Ansprüchen im jeweiligen Prospekt geregelt. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zu den Einleger-Anlagegruppen.

²Der für die Ausgabe massgebende Preis pro Anspruch wird frühestens an dem Auftragstag folgenden Bankwerktag (Bewertungstag) ermittelt (Forward Pricing).

³Die Ausgabe von Ansprüchen einzelner Anlagegruppen oder Klassen kann zusätzlich auf einen Anleger oder bestimmte Anleger, insbesondere Anleger, welche einen Vermögensberatungs- oder -verwaltungsvertrag oder einen anderen ähnlichen schriftlichen Vertrag abgeschlossen haben, beschränkt werden.

⁴Die Anlagestiftung kann bei Immobilien-Anlagegruppen und im Bereich alternativer Anlagen

verbindliche, auf einen festen Betrag lautende Kapitalzusagen entgegennehmen. Die Anleger müssen entsprechend gegenüber der Anlagestiftung eine verbindliche, auf einen festen Betrag lautende unwiderrufliche Kapitalzusage abgeben. Die detaillierten Rechte und Pflichten werden in einem Prospekt und in einer zusätzlichen schriftlichen Vereinbarung (Kapitalzusage) geregelt. Beim Verfahren mit Kapitalzusagen erfolgt die Ausgabe via Kapitalabrufe.

⁵Falls nach erfolgter Bewertung an den Kapitalmärkten grössere Kursbewegungen eintreten, kann die Geschäftsführung eine Neubewertung veranlassen bzw. die Ausgabe von Ansprüchen bis zur nächstfolgenden ordentlichen Bewertung einschränken oder vorübergehend einstellen.

⁶Der Ausgabepreis pro Anspruch entspricht jeweils dem am Bewertungstag ungeprüft ermittelten Nettoinventarwert pro Anspruch zuzüglich eines allfälligen Zuschlags. Der Stiftungsrat entscheidet, ob ein Zuschlag auf dem Nettoinventarwert zum Ausgleich der Kosten (Courtage, Stempelabgaben, Gebühren, Kosten für Vertrieb, u.a.), welche der Anlagestiftung aus der Anlage des einbezahlten Betrages im Durchschnitt erwachsen (Ausgabeaufschlag), erhoben werden soll. Die Geschäftsführung entscheidet pro Anlagegruppe über die Höhe der Differenz zwischen Nettoinventarwert und Ausgabepreis und wird diese der jeweiligen Anlagegruppe ganz oder teilweise (abzüglich Gebühren und Kommissionen) gutschreiben. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zu den Einleger-Anlagegruppen.

⁷Der Gegenwert des Ausgabepreises von Ansprüchen ist grundsätzlich in bar zu erbringen. Die Geschäftsführung kann Sacheinlagen (z.B. in Form von Immobilien, Wertschriften) zulassen, wenn diese mit der Anlagestrategie der jeweiligen Anlagegruppe vereinbar sind und die Interessen der übrigen Anleger der betroffenen Anlagegruppe nicht beeinträchtigt werden. Die Geschäftsführung kann zudem die Barzeichnung zugunsten von Sacheinlagen ganz oder teilweise beschränken.

⁸Der Ausgabepreis ist über eine Kontoverbindung bei einer Geschäftsstelle einer schweizerischen Bank zu bezahlen.

⁹Die Geschäftsführung kann mit Rücksicht auf die Anlagemöglichkeiten oder im Interesse der investierten Anleger oder wenn es die Umstände dringend erfordern, die Ausgabe von Ansprüchen der Anlagegruppen beschränken oder vorübergehend einstellen.

¹⁰Beschränkungen und vorübergehende Einstellungen werden in geeigneter Form publiziert.

Art. 8 Rücknahme von Ansprüchen

¹Die Anleger können grundsätzlich jederzeit die Rückgabe aller oder eines Teils ihrer Ansprüche anmelden. Wird nach einer Rücknahme von Ansprüchen der Mindestzeichnungsbetrag unterschritten, werden die verbleibenden Ansprüche entweder kostenlos in eine Anlagegruppe mit gleichartiger Anlagepolitik ohne Mindestzeichnungsbetrag transferiert oder verkauft.

²Die Geschäftsführung regelt im Rahmen der Vorgaben des Stiftungsrats die Einzelheiten der Rücknahme, insbesondere Rücknahmetermine, Vorankündigungsfristen, Rücknahmeschluss und Rücknahmebeschränkungen. Bei Anlagegruppen mit Prospektpflicht wird die Rücknahme von Ansprüchen im jeweiligen Prospekt geregelt. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zu den Einanleger-Anlagegruppen.

³Rücknahmen werden grundsätzlich am nächsten Bankarbeitstag mit Schlusskursen des Auftragstages abgerechnet (Forward Pricing).

⁴Falls nach erfolgter Bewertung an den Kapitalmärkten grössere Kursbewegungen eintreten, kann die Geschäftsführung eine Neubewertung veranlassen bzw. die Rücknahme von Ansprüchen bis zur nächstfolgenden ordentlichen Bewertung einschränken oder vorübergehend einstellen.

⁵Der Rücknahmepreis pro Anspruch entspricht jeweils dem am Bewertungstag ungeprüft ermittelten Nettoinventarwert pro Anspruch abzüglich

eines allfälligen Abschlags. Der Stiftungsrat entscheidet, ob ein Abschlag auf dem Nettoinventarwert zum Ausgleich der Kosten, welche der Anlagestiftung durch die Rücknahme des einbezahlten Betrages im Durchschnitt erwachsen (Rücknahmeabschlag), erhoben wird. Die Geschäftsführung entscheidet pro Anlagegruppe über die Höhe der Differenz zwischen Nettoinventarwert und Rücknahmepreis. Die Differenz zwischen Nettoinventarwert und Rücknahmepreis fällt zugunsten der jeweiligen Anlagegruppe an. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zu den Einanleger-Anlagegruppen.

⁶Bei Anlagegruppen mit wenig liquiden Anlagen kann der Stiftungsrat bei Lancierung festlegen, dass

- a) die Laufzeit der Anlagegruppe befristet und für Rücknahmen geschlossen ist;
- b) der Rücknahmebetrag pro Rücknahmedatum auf einen %-Satz des Anlagegruppenvermögens beschränkt ist (sog. Gate).

⁷Der Stiftungsrat kann bei Lancierung einer Anlagegruppe in begründeten Fällen, insbesondere während der Aufbauphase eines Portfolios im Bereich illiquider Anlagen oder bei grossen Sacheinlagen, eine Mindesthaltefrist von höchstens fünf Jahren festlegen. Diese Mindesthaltefrist ist im Prospekt zu erwähnen.

⁸Die Geschäftsführung kann unter ausserordentlichen Umständen, insbesondere bei Liquiditätsengpässen, Rückgaben von Ansprüchen zeitlich gestaffelt innert zwei Jahren bedienen oder die Rücknahme von Ansprüchen bis zu zwei Jahren aufschieben. Aus wichtigen Gründen, insbesondere wenn die Anlagen nur mit Verlust veräussert werden könnten oder aufgrund mangelnder Liquidität, können nach Konsultation der betroffenen Anleger und Zustimmung der Aufsichtsbehörde die Rücknahmen weiter aufgeschoben oder andere Optionen geprüft werden.

⁹Bei gestaffelten Rücknahmen wird bei der Festsetzung des Rücknahmepreises auf die Bewertung am effektiven Rücknahmedatum und beim

Aufschub von Rücknahmen auf die bei Ablauf der Aufschubfrist vorgenommene Bewertung abgestellt.

¹⁰Beschränkungen und Einstellungen der Rücknahmen werden in geeigneter Form publiziert.

¹¹Während der Vorankündigungsfrist (Abs. 2) und der Aufschubfrist (Abs. 9) bleiben die Anlegerrechte gewahrt.

Art. 9 Thesaurierung – Ausschüttung – Kapitalrückzahlung

¹Aufgelaufene Erträge der Anlagegruppen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttet, sondern thesauriert (dem Kapital zugeschlagen) und laufend reinvestiert. Bei einzelnen Anlagegruppen kann vom Stiftungsrat davon abgewichen und die Erträge ausgeschüttet werden, wobei der Stiftungsrat über die Grundsätze der Ausschüttung zu entscheiden hat.

²Unter ausserordentlichen Umständen, insbesondere bei fehlenden Anlagemöglichkeiten, kann zusätzlich Kapital an die Anleger zurückbezahlt werden.

³Der Stiftungsrat kann Ertragsausschüttungen, Thesaurierungen oder Kapitalrückzahlungen für einzelne Anlagegruppen beschliessen.

Art. 10 Einanleger-Anlagegruppen

¹Die Ausgabe von Ansprüchen von Einanleger-Anlagegruppen ist beschränkt auf den jeweiligen Anleger. Diese Ansprüche dürfen jedoch nur mit Zustimmung der Geschäftsführung auf andere Anleger übertragen werden.

²Im Gegensatz zu den Mehranleger-Anlagegruppen werden die Grundsätze für die Errichtung, Ausgestaltung (inkl. Anlagerichtlinien), die Kosten und Gebühren sowie die Liquidation einer Einanleger-Anlagegruppe in der Vereinbarung zwischen dem Einanleger und der Anlagestiftung geregelt.

³Die Geschäftsführung legt im Rahmen der anwendbaren Bestimmungen (insbesondere der ASV) die detaillierte Ausgestaltung der Einanleger-Anlagegruppe, wie Bewertungsfrequenz,

Ausschüttungsmodalitäten, Ausgabe und Rücknahme von Ansprüchen, die Wahrnehmung von Aktionärs- und Gläubigerrechten und die Effektenleihe fest.

Art. 11 Anlegerversammlung

¹Die ordentliche Versammlung der Anleger, nachstehend Anlegerversammlung genannt, tritt auf Einladung des Stiftungsratspräsidenten innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres zusammen. Die Einladung und die Traktandenliste müssen spätestens 20 Tage vor der Anlegerversammlung zugestellt werden.

²Anträge, die nach Versand der Einladung oder erst in der Versammlung eingebracht werden, können auf Beschluss der Versammlung zur Diskussion zugelassen werden. Eine Beschlussfassung ist jedoch erst in der nächsten Versammlung möglich; ausgenommen sind blosse Abänderungs- und Verwerfungsanträge, welche sich auf die in der Einladung bezeichneten Verhandlungsgegenstände beziehen, der Antrag zu einer ausserordentlichen Anlegerversammlung und auf Durchführung einer Sonderrevision.

³Die Anleger haben das Recht, der Anlagestiftung, einem anderen Anleger oder einem von der Anlagestiftung beauftragten unabhängigen Stimmrechtsvertreter eine Vertretungsvollmacht zu erteilen.

⁴Teilnahmeberechtigt ist, wer am Monatsende vor dem Versand der Einladung zur Anlegerversammlung Anleger ist. Das Stimmrecht der Anleger richtet sich nach der Anzahl der Ansprüche am Monatsende vor Versand der Einladung. Anleger, welche noch keine Ansprüche besitzen aber verbindliche Kapitalzusagen abgegeben haben, werden zur Anlegerversammlung eingeladen, haben aber kein Stimmrecht.

⁵Die ordnungsgemäss einberufene Anlegerversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Anzahl der vertretenen Stimmen und entscheidet mit der Mehrheit der vertretenen Stimmen, sofern die Statuten oder zwingende

Gesetzesvorschriften nichts anderes vorschreiben. Enthaltungen und Leereingaben werden nicht gezählt. Die Abstimmung und Wahlen erfolgen offen, sofern nicht mindestens ein Fünftel der anwesenden Anleger eine geheime Abstimmung oder Wahl verlangt.

⁶Bei Abstimmungen, die nur einzelne Anlagegruppen betreffen, können nur Anleger der betroffenen Anlagegruppe abstimmen und das Stimmrecht richtet sich nach der Anzahl der Ansprüche an der betreffenden Anlagegruppe. Die Beschlussfähigkeit ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der vertretenen Stimmen gegeben und Entscheidungen werden mit der Mehrheit der vertretenen Stimmen gefällt, sofern die Statuten oder zwingende Gesetzesvorschriften nichts anderes vorschreiben. Enthaltungen und Leereingaben werden nicht gezählt.

⁷Der Stiftungsrat hat eine statutenkonform beantragte ausserordentliche Anlegerversammlung innerhalb einer angemessenen Frist einzuberufen.

⁸Der Präsident des Stiftungsrats führt in der Anlegerversammlung den Vorsitz.

Art. 12 Stiftungsrat

¹Der Stiftungsrat tritt auf Einladung des Präsidenten zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern, mindestens jedoch zweimal jährlich. Jedes Mitglied kann die Einberufung einer Sitzung verlangen.

²Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder an der Sitzung teilnehmen. Er entscheidet mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Enthaltungen werden nicht gezählt.

³Beschlüsse können auch auf dem Zirkularweg gefasst werden. Für eine gültige Beschlussfassung muss die Mehrheit der Mitglieder abstimmen, wobei die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet (vorbehältlich Art. 15 Abs. 6). Enthaltungen und Leereingaben, werden nicht gezählt.

⁴Bei Stimmgleichheit zählt die Stimme des Präsidenten doppelt.

⁵Die Mitglieder des Stiftungsrats sind in eigener Sache nicht stimmberechtigt.

⁶Der Stiftungsrat sorgt dafür, dass die Übertragung von Aufgaben an Dritte in schriftlichen Verträgen geregelt wird und beschliesst über den Abschluss und alle wichtigen Änderungen derselben. Die Weiterübertragung von Aufgaben (Subdelegation) bedarf der vorgängigen Zustimmung des Stiftungsrats. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zu den Einanleger-Anlagegruppen.

⁷Der Stiftungsrat bezeichnet im Rahmen der Statuten und dieses Reglements die Kompetenzen und Aufgaben der Geschäftsführung, Anlagekommissionen und allfälliger Ausschüsse. Er erlässt Bestimmungen, welche die Einhaltung der Integrität und Loyalität der Verantwortlichen sowie Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden regelt. Insbesondere erlässt der Stiftungsrat das Organisations- und Geschäftsreglement (OGR) und die Anlagerichtlinien.

⁸Der Stiftungsrat trifft geeignete organisatorische Massnahmen, um sicherzustellen, dass die von der Anlagestiftung abgeschlossenen Rechtsgeschäfte stets marktüblichen Bedingungen entsprechen. Dies gilt namentlich auch in Bezug auf Rechtsgeschäfte mit nahestehenden Personen.

Art. 13 Geschäftsführung

¹Die Geschäftsführung besorgt die laufenden Geschäfte der Stiftung im Rahmen der Gesetze und der Verordnungen, der Statuten, des Reglements, der Anlagerichtlinien, des Organisations- und Geschäftsreglements sowie allfälliger weiterer Spezialreglemente der Anlagestiftung und der Weisung des Stiftungsrats.

²Sie ist dem Stiftungsrat gegenüber verantwortlich und erstattet diesem regelmässig Bericht.

³Die Geschäftsführung verfügt über alle Kompetenzen im Rahmen der operativen Führung der Anlagestiftung, soweit Gesetz, Verordnung,

Statuten, Reglement, OGR oder allfällige weitere Spezialreglemente diese nicht explizit anderen Funktionsträgern zugewiesen haben.

Art. 14 Anlagekommissionen

¹Die Anlagekommissionen behandeln insbesondere anlage- und übrige fachtechnische Angelegenheiten. Soweit im Organisations- und Geschäftsreglement nichts anderes geregelt wird, haben diese nur beratende Funktion. Sie können dem Stiftungsrat Anträge unterbreiten, sind diesem gegenüber verantwortlich und erstatten ihm über ihre Tätigkeit regelmässig Bericht.

²Der Stiftungsrat entscheidet, ob eine Anlagekommission eingesetzt werden soll. Er regelt die Ernennung der Mitglieder, die detaillierten Aufgaben sowie allfällige Entscheidungskompetenzen im Organisations- und Geschäftsreglement. Die Mitglieder der Anlagekommission müssen nicht dem Stiftungsrat angehören.

Art. 15 Ausschüsse

Der Stiftungsrat entscheidet, ob ein Ausschuss eingesetzt werden soll. Ausschüsse können auch ad-hoc und auf Zeit einberufen werden. Der Stiftungsrat regelt die Ernennung der Mitglieder, die detaillierten Aufgaben sowie allfällige Entscheidungskompetenzen im Organisations- und Geschäftsreglement. Die Mitglieder des Ausschusses müssen nicht dem Stiftungsrat angehören.

Art. 16 Ausübung von Stimm- und Gläubigerrechten

¹Die Anlagestiftung nimmt die Stimm- und Gläubigerrechte aus Beteiligungs- und Forderungspapieren grundsätzlich wahr.

²Die mit direktem Aktienbesitz verbundenen Stimmrechte an Schweizer Unternehmen übt die Anlagestiftung systematisch aus. Beim direkten Besitz von Aktien ausländischer Unternehmen kann sie die Stimmrechte wahrnehmen.

³Bei indirektem Aktienbesitz gibt die Anlagestiftung dem unterliegenden Zielfonds ihre Stimmempfehlung bekannt.

⁴Die Stimm- und Gläubigerrechte werden im Interesse der Anleger wahrgenommen.

⁵Der Stiftungsrat regelt die Details der Wahrnehmung der Stimm- und Gläubigerrechte in einer Weisung.

⁶Entscheidet der Stiftungsrat über die Ausübung von Stimm- und Gläubigerrechten, so entscheidet in Abweichung von Art. 11 Abs. 2 und 3 lediglich die Mehrheit der eingegangenen Stimmen, wobei Enthaltungen und Leereingaben nicht gezählt werden.

Art. 17 Gebühren und Kosten

¹Die im Zusammenhang mit der Führung und Administration der Anlagestiftung und den Anlagegruppen anfallenden Aufwendungen (z.B. Honorare der Stiftungsräte, Transaktionskosten, etc.), Gebühren und Kosten sowie fiskalische Abgaben werden grundsätzlich verursachergerecht pro Anlagegruppe bei der Berechnung des Wertes der Ansprüche berücksichtigt und periodisch belastet.

²Je nach Art und Umfang der von Dritten erbrachten Dienstleistungen erfolgt die Entschädigung für einzelne Dienstleistungen separat oder pauschal. Die anfallenden Gebühren und Kosten werden jeweils im Rahmen der Factsheets ausgewiesen. Im Jahresbericht wird jeweils pro Anlagegruppe/Klasse die Betriebsaufwandquote TER KGAST / TER ISA ausgewiesen.

³Eine Anlagegruppe kann mehrere Klassen aufweisen. Die Klassen können sich durch die ihnen belasteten Kosten und Gebühren unterscheiden.

⁴Erträge aus Rückerstattungen werden der jeweiligen Anlagegruppe/Klasse gutgeschrieben und in den Erfolgsrechnungen der betroffenen Anlagegruppen/Klasse im Jahresbericht ausgewiesen.

Art. 18 Informations- und Auskunftsrechte

¹Statuten, Reglement, Anlagerichtlinien und deren Anpassungen werden in geeigneter Form veröffentlicht.

²Sofern für die betroffene Anlagegruppe ein Prospekt erstellt werden muss, wird dieser dem

Anleger vor dem Investitionsentscheid ausgehändigt. Änderungen des Prospektes werden in geeigneter Form publiziert.

³Die Anlagestiftung veröffentlicht mindestens vierteljährlich Kennzahlen zu den einzelnen Anlagegruppen/Klassen; hiervon ausgenommen sind Immobilienanlagegruppen. Innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres veröffentlicht sie den Jahresbericht.

⁴Die Anleger können von der Anlagestiftung jederzeit Auskunft über die Geschäftsführung und Einsicht in das Rechnungswesen verlangen. Die Auskunft oder die Einsicht kann mit Zustimmung des Stiftungsratspräsidenten verweigert werden, wenn sie schutzwürdige Interessen oder Geschäftsgeheimnisse gefährden.

⁵Auskunft für allfällige unterliegende Kollektivanlagen können erteilt werden, soweit die Anlagestiftung im Besitz der Informationen ist und sie zur Weitergabe der Informationen berechtigt ist.

Art. 19 Risikomanagement bei Anlagegruppen

¹Der Stiftungsrat sorgt für eine angemessene Risikoverteilung innerhalb der Anlagegruppen. Er bestimmt die Anlagerichtlinien, welche den Anlagefokus, die zulässigen Anlagen und die Anlagerestriktionen für die Anlagegruppe vollständig und klar regeln. Der Stiftungsrat bestimmt zudem die Grundsätze des Risikomanagements.

²Die Geschäftsführung stellt sicher, dass die Einhaltung der Anlagerichtlinien dauernd überwacht und regelmässig kontrolliert wird. Sie implementiert die Vorgaben des Stiftungsrats zum Risikomanagement.

Art. 20 Interne Kontrolle

¹Der Stiftungsrat sorgt für eine angemessene Organisationsstruktur der Anlagestiftung, eine ausreichende Kontrolle der mit Aufgaben betrauten Personen und achtet auf die Unabhängigkeit der Kontrollorgane. Er regelt insbesondere die Vorkehrungen zur Vermeidung von

Interessenkonflikten und das Vorgehen bei Rechtsgeschäften mit Nahestehenden.

²Die Geschäftsführung definiert geeignete Prozesse zur Identifikation, Messung und Bewertung, Beurteilung und Kontrolle der durch die Anlagestiftung eingegangenen Risiken und dokumentiert diese.

Art. 21 Rechnungsablegung

¹Das Rechnungsjahr der Anlagestiftung dauert vom 1. April bis zum 31. März.

²Für jede Anlagegruppe und das Stammvermögen wird separat Rechnung geführt.

Art. 22 Inkrafttreten

Das Reglement tritt per 17. März 2022 in Kraft.

Baden, 17. März 2022